

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 65.

Dienstag, den 14. August

1888.

Bekanntmachung.

Die königliche Amtshauptmannschaft Dresden hat beschlossen, das dem Schiffshaupter Raphael Leo Kühn in Schönau ausgestellte Schifferpatent nebst Lootsenbescheinigung auf Grund der Bestimmungen in §§ 24 und 27 der Verordnung, die strom- und schiffahrtspolizeilichen Vorschriften für die Schifffahrt und Flößerei auf der Elbe betreffend, vom 2. Januar 1864, zurückzuziehen und somit denselben von der Führung von Schiffen und Holzflößen auf der Elbe für die Zukunft völlig auszuschließen, was anordnungsgemäß hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird.

Meißen, am 7. August 1888.

Königliche Amtshauptmannschaft als Selbststromamt.
v. Kirchbach.

Tagegeschichte.

Noch wirkt in allen Gemüthern die Nordlandsfahrt Sr. Majestät Kaiser Wilhelms nach und schon wenden sich die Blicke der nun feststehenden zweiten Reise zu, die den jungen Kaiser im kommenden Herbst über Wien nach Rom zum Besuch des Königs Humbert führen soll. Obwohl der deutsche Kaiser jedenfalls erst im October in der „ewigen Stadt“ erscheinen wird, so geht man daselbst doch schon jetzt an die Vorarbeiten zu einem großartigen Empfange des kaiserlichen Gastes und so wird denn auch die Romfahrt unseres Kaisers den Augen der Welt alanzvolle Bilder entrollen. Die politische Bedeutung aber dieser angedeuteten Kaiserreise nach Süden, steht im Voraus fest, sie ergiebt sich schon aus der Thatsache, daß sie dem Besuche der Herrscher gilt, deren Reiche mit Deutschland in einem festen und innigen Bündnißverhältnisse stehen und somit kann der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien und Rom nur die Befestigung und weitere Stärkung der deutsch-österreichisch-italienischen Allianz bedeuten. Soeben aber ist es von Berlin wie von Petersburg aus von authentischer Seite erklärt worden, daß die Kaiserentree von Peterhof ein vollständig friedliches Resultat ergeben habe und die Welt darf sich der freudigen Gewißheit hingeben, daß die Reise unseres Kaisers nach Wien und Rom die Tragweite der Kaiserbegegnung im Norden nur noch umfassender und verheißungsvoller gestalten wird.

Wiederum sind blühende deutsche Länderstriche schwer von der Wuth der entfesselten Elemente heimgesucht worden und besonders haben die Gegenden am Riesengebirge und weitere Theile von Oberschlesien unter den jüngsten Ueberschwemmungen schwer zu leiden. Erschütternde Meldungen kommen aus den heimgesuchten Bezirken, die hoffentlich auf baldige thatkräftige Unterstützung und Hilfe von staatlicher wie privater Seite her rechnen dürfen.

Der preussische Minister des Innern ist von seiner Reise in das Ueberschwemmungsgebiet Schlesiens zurückgekehrt. Wie es heißt, hätten die Zustände im dortigen Ueberschwemmungsgebiet die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen. Es sind umfassende Maßnahmen der Staatsregierung zur thunlichen Vinderung und Abwendung der entstandenen großen Schäden zu erwarten. Durch den geschäftsführenden Ausschuss des Centralkomitees für die Ueberschwemmten sind soeben 50 000 Mark Unterstützung bewilligt worden. Ferner hat der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins dem Verbanne der schlesischen Frauenvereine auf die aus Schlesien eingetroffenen betrübenden Nachrichten hin sofort 10 000 Mark überandt.

Nach einer Mittheilung des englischen Blattes „Truth“ hat der Kaiser Friedrich seiner Gemahlin eine in englischen Staatspapieren angelegte Summe von 150 000 Pfd. Sterl. für lebenslänglichen Nießbrauch hinterlassen, welche später auf seine jüngeren Kinder nach der Verfügung der Kaiserin übergeht. Die Verwalter des Betrages sollen die Königin von England, der König der Belgier und der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha sein.

Das Ergebnis der in Elßaß-Lothringen jüngst vorgenommenen Erneuerungswahlen für die Bezirks- und Kreistage kann in ganz Deutschland nur mit Freude begrüßt werden. Mit vereinzelten Ausnahmen sind aus denselben Männer von ausgesprochen gemäßigter Richtung hervorgegangen. Auch dieses Resultat dürfte als ein Beweis dafür anzusehen sein, daß das Deutschtum in den Reichslanden doch allmählig das Uebergewicht zu erlangen anfängt.

Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky wird, wie alljährlich, mit dem Fürsten Bismarck zusammentreffen, jedoch ist Zeit und Ort dieser Begegnung noch unbestimmt.

Der jüngst abermals aufgetauchte Gedanke eines europäischen Kongresses oder einer Botschafterkonferenz zur Lösung der schwebenden Balkanfragen findet, wie aus Pest berichtet wird, vor der Hand in dortigen Kreisen wenig Glauben. „Bisher hatten Fürsten- und Diplomatenkongresse den Sinn, eine bereits vorher getroffene grundsätzliche Entscheidung durch praktische Anwendung ins Leben zu setzen. Als 1814 der Wiener und 1856 der Pariser Kongreß zusammentrat, hatte das Schwert die Entscheidung schon zuvor getroffen. Der Berliner Kongreß wäre erfolglos auseinander gegangen, wenn Rußland nicht einen Monat früher mit England eine Vereinbarung getroffen, welche den Berliner Vertrag umrißweise schon enthielt, und nicht schon vor seinem Einbruche in die Balkanhalbinsel die österreichische Okkupation Bosniens zugestanden hätte. Um Bulgariens willen ist aber bisher kein Krieg geführt, und eben so wenig ist über die Regelung der bulgarischen Frage eine grundsätzliche Einigung unter den Mächten herbeigeführt worden, wenngleich unter denselben amtlich kein Gegensatz im Augenblicke herrscht. Die Beziehungen zwischen den Höfen und Kabinetten von Wien und Petersburg sind äußerlich die freund-

schaftlichsten. Als Rußland im Vorfrühling forderte, daß die Regierung des Coburgers als eine vertragswidrige erklärt werde, sprach das Wiener auswärtige Amt gleich den anderen Kabinetten seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einer solchen Erklärung aus. Es hat nur seinen Anschluß an einen solchen Schritt davon abhängig gemacht, daß gegen eine Ruhestörung, die in Bulgarien in Folge einer solchen Aktion und der darnach zu erwartenden Thronentsetzung des Fürsten eintreten könnte, eine Bürgschaft geschaffen werde dadurch, daß die Mächte sich zuvor über einen neuen Fürsten einigen. Darauf hat die russische Regierung nicht geantwortet, und der österreichische Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky hatte in der Zwischenzeit gar keine Gelegenheit, irgend einen russischen Vorschlag abzulehnen, weil ein solcher Vorschlag nirgends gemacht worden. Seitdem hat die Diplomatie an Bulgarien nicht gerührt, und sie that sehr gut daran; denn jeder Versuch zu einem diplomatischen Eingreifen birgt in sich die Gefahr, daß die unter der glatten offiziellen Oberfläche ruhenden Gegensätze zwischen den russischen Bestrebungen, über Bulgarien Gewalt zu gewinnen, und unserem Festhalten an der vertragmäßigen Selbstständigkeit des Fürstenthums zum offenen Ausbruch gelangen könnten. Haben nun die Bulgaren zu ihrem schweren Mißgeschick, englischen Einflüsterungen folgend, die Gelegenheit veräußert, ihre Wünsche schrittweise dem Ziele näher zu bringen, und durch eigene Ueberstürzung schwere Katastrophen über ihr Land heraufbeschworen, so sind sie, Dank der Haltung unserer Monarchie, welche von Italien und England getheilt wird, vor einer Gewaltthätigkeit von außen her immerhin bewahrt geblieben und werden voraussichtlich davor bewahrt bleiben, falls sie sich nicht durch fortgesetzten und verwilderten Parteihader muthwillig ins Verderben stürzen. Die Wellen der bulgarischen Parteiwogen gehen bereits so hoch, daß sie über dem Haupt des Prinzen von Coburg zusammenzubrechen drohen, aber noch nicht hoch genug, um den Weltfrieden in den Strudel zu verwickeln. In jenem Falle würde Europa immer nur einem leer gewordenen Fürstenthron gegenüberstehen, und die diplomatische Lage ist jetzt keine so arge, daß eine Einigung der Mächte über die Person des bulgarischen Fürsten für aussichtslos gehalten werden müßte. Vielmehr gehen alle Anzeichen darauf hin, daß eine solche Einigung unschwer sich herstellen ließe in einfachen Verhandlungen von Kabinet zu Kabinet. Was für ein Wirkungsgebiet dann aber für eine europäische Konferenz übrig bleiben soll, ist kaum abzusehen. Sollte anderseits in Bulgarien wider Erwarten die Macht der Trägheit siegen und der Froschmäuselkrieg der bulgarischen Parteihäuptlinge um den wankenden Thron des Fürsten Ferdinand weiter sich abspielen, dann ist wiederum nicht abzusehen, wie ein europäischer Areopag die bulgarische Frage über die Köpfe der Bulgaren hinweg lösen will. Denn das irgend eine ernst zu nehmende fürstliche Persönlichkeit in Europa einen factisch, wenn auch nicht rechtlich besetzten Fürstenthron, auch wenn ihm dieser von Europa angeboten würde, annehmen sollte, läßt sich nicht leicht glauben. Ein Kongreß könnte höchstens die Union Bulgariens und Ostrumeliens einem nochmaligen Lösungsversuche unterziehen. Nun hat aber die Konstantinopler Botschafterkonferenz die Personalunion der beiden Provinzen bekanntlich mittelst Beschlusses vom 5. April 1886 geregelt. Eine Aufhebung dieses Beschlusses wurde bisher von keiner der Mächte gefordert. Die Rückgängigmachung der Union liegt weder im europäischen, noch selbst im russischen Interesse, da nicht anzunehmen ist, daß Rußland der heißersehnten Versöhnung mit Bulgarien, falls es zu Stande kommen sollte, durch die Zerreißung der Union gleich wieder in Trümmer schlagen will. Mehr innere Wahrscheinlichkeit als der Kongressgedanke hat die mehrfach aufgetauchte Meldung, daß die befreundeten Monarchen die Besuche Kaiser Wilhelm's erwiedern werden. Man braucht indessen nicht schon heute mit der Thatsache einer Dreikaiserbegegnung in Berlin sich zu beschäftigen, und zwar aus dem sehr einfachen Grund, weil die Gegenbesuche erst nach der Rückkehr Kaiser Wilhelm's aus Rom, also gegen Ende October oder gar erst im November, erfolgen könnten, also zu einer Zeit, da der Zar von Kopenhagen bereits wieder in Saischina sein wird.“

London, 9. August. Bei dem Banket, welches der Lordmayor gestern zu Ehren des Kabinetts gab, erklärte Salisbury, den Toast auf das Ministerium beantwortend: Im Ganzen herrsche hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten Ruhe, man könne allerdings nicht sagen, in welche Richtung die Nationen durch die Volkseidenschaften gedrängt werden könnten, man könne aber mit größerer Zuversicht als je sagen, daß das Ziel aller Herrscher die Sicherung ununterbrochener Friedens sei. In Aegypten herrschten noch Gefahren an der Grenze, im Innern seien aber alle Schwierigkeiten überwunden, Aegypten sei solvent, Englands Politik in Aegypten bleibe unverändert. Was Bulgarien anlange, so deute, soweit die auswärtigen Mächte in Frage kommen, Alles auf zukünftige Ruhe und Frieden hin. Bei den leitenden Staatsmännern Europas trete die Ueberzeugung